

Aufruf zur Vollversammlung

„Für die bedarfsgerechte Finanzierung einer entwicklungsorientierten Wissenschaft“

am Donnerstag, den 14. Juni 2012, ab 14 Uhr, im Audimax

Die studentische Versammlung am 25. Mai 2012 hat die Resolution „Für eine konsequente Studienreform“, so wie auf der Rückseite zu lesen, erarbeitet und beschlossen. Um diese Forderungen zu realisieren bedarf es auch einer besseren Hochschulfinanzierung. Mit dem „Kampf um die Zukunft“ haben sich im letzten Jahr zigtausende Mitglieder der Hamburger Hochschulen und BürgerInnen der Stadt in der Überzeugung „Bildung und Wissenschaft für eine humane, demokratische und gerechte Gesellschaft machen wesentlich bessere Bedingungen erforderlich.“ dafür engagiert „die angekündigten Kürzungen im Hochschulbereich vollständig zurückzunehmen und den Ausbau des Hochschulwesens bedarfsdeckend staatlich zu finanzieren.“ Damit wurde die Abschaffung der Studiengebühren und die staatliche Kompensation dieser Einnahmen für die Hochschulen erkämpft. Andererseits wurden den Hochschulen mit den sogenannten „Hochschulvereinbarungen“ ein neues Kürzungsprogramm (um ca. 10 bis 14 % des Etats bis 2020) verabreicht, das im Zuge der derzeitigen Haushaltsverhandlungen der Bürgerschaft nun noch einmal unterschritten werden soll (zusätzlich minus 4,6 Mio. Euro für die Universität Hamburg in 2013/14). Bildung und Wissenschaft für das allgemeine Wohl und eine zivile Entwicklung der Gesellschaft brauchen bessere öffentliche Finanzierung! Die Verfaßte Studierendenschaft sollte beraten, wie sie in dieser Stadt Initiator einer solidarischen Bewegung für eine positive soziale und kulturelle Entwicklung wird. Als Diskussionsgrundlage gibt es folgenden

Entwurf der Resolution:

1 Für die bedarfsgerechte Finanzierung einer entwicklungsorientierten Wissenschaft

- 2 Das dominante politische Handeln der vergangenen Jahre war, mit öffentlichen Mitteln die strukturelle
- 3 Voraussetzungen für die private Bereicherung einiger Weniger zu schaffen, während öffentliche Aufgaben wie
- 4 Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales kaputt gespart wurden und gleichzeitig zu einem profitablen Geschäft
- 5 zugerichtet werden sollten. Das hat in eine tiefe Entwicklungskrise geführt.
- 6 Die studentische Vollversammlung der Universität Hamburg nimmt erfreut zur Kenntnis, daß die politischen
- 7 Proteste gegen die Ökonomisierung auch von Bildung und Wissenschaft zunehmend positiv Wirkung zeigen. Die
- 8 weitgehende Abschaffung der Studiengebühren in der ganzen Republik ist hier der größte Erfolg. Die
- 9 Studierendenschaft in Hamburg wird weiter kämpfen für die Abschaffung auch der Verwaltungsgebühren und die
- 10 volle staatliche Kompensation aller Studiengebühren.
- 11 Wir fordern den politischen Senat auf, die Kürzungspolitik sofort zu beenden und die öffentliche Finanzierung für
- 12 eine gedeihliche Entwicklung von Bildung, Kultur, Gesundheit und Sozialem sicherzustellen.
- 13 Insbesondere sind die nun vom Senat für die Hochschulen angekündigten neuen finanziellen Einschnitte absolut
- 14 inakzeptabel. Sie überbieten sogar die in den "Hochschulvereinbarungen" vorgesehenen Kürzungen.
- 15 Die Vollversammlung begrüßt, dass die studentische Bewegung als Teil außerparlamentarischer Proteste
- 16 international wirkt und bis nach Bukarest reicht. Dort trafen sich Ende April die für Wissenschaft zuständigen
- 17 Minister von 47 europäischen Ländern und verabschiedeten eine Erklärung, die mit den folgenden Worten eröffnet:
- 18 *"Europe is undergoing an economic and financial crisis with damaging societal effects."*
- 19 Aus dieser Feststellung wird die Schlussfolgerung gezogen:
- 20 *"Higher education should be at the heart of our efforts to overcome the crisis – now more than ever. With this in*
- 21 *mind, we commit to securing the highest possible level of public funding for higher education [...]"*
- 22 Vom Standpunkt sozialer Verantwortung realisiert, sind Bildung, Wissenschaft und Künste der demokratische
- 23 Reichtum der Gesellschaft. Hier wird überliefert und entwickelt, was ein menschenwürdiges Zusammenleben sein
- 24 sollte.
- 25 Die Studierendenschaft nimmt daher den Kampf um die Zukunft wieder öffentlich auf. Sie wird dafür verstärkt das
- 26 Bündnis mit Partnern aus anderen Bereichen der sozialen und kulturellen Entwicklung in der Stadt suchen.
- 27 Mit ihnen gemeinsam wollen wir insbesondere den Kampf aufnehmen gegen die Schuldenbremse. Der Umstand,
- 28 dass diese jüngst auch noch in der Hamburgischen Verfassung verankert wurde, obwohl sie durch die - auch schon
- 29 falsche! - Aufnahme ins Grundgesetz bereits Geltung hat, belegt ihren pur ideologischen Charakter. So soll als
- 30 Sachzwang erscheinen, was real politische Entscheidung ist: die Kürzungspolitik bei den öffentlichen sozialen
- 31 Aufgaben. Stattdessen treten wir ein für deren Ausbau auf der Grundlage der Besteuerung der großen Reichtümer
- 32 in dieser Stadt und im ganzen Land!

Bitte wenden! —>

Resolution der studentischen Versammlung an der Universität Hamburg am 23. Mai 2012:

Für eine konsequente Studienreform

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg tritt für eine verantwortungsvolle Wissenschaft ein, die auf die Bildung kritisch-mündiger Bürger*Innen und das gesellschaftliche Eingreifen für die Entwicklung von Frieden und allgemeiner Wohlfahrt gerichtet ist. Sie wendet sich damit klar gegen Bildung als „employability“ Arbeitsverwendbarkeit und „just-in-time“ Wissenschaft zur Lieferung unmittelbar profitabler Forschungsergebnisse. Mit diesen Maßstäben für die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft haben die Mitglieder der Universität im vergangenen Jahr den „Kampf um die Zukunft“ für die Ausfinanzierung der Hochschule geführt. Sie haben damit auch Einfluß genommen auf das Wissenschaftsverständnis in der Auseinandersetzung um den weiteren Bologna-Prozess. So mußte auf Initiative aus Hamburg die Konferenz der europäischen Minister*Innen für Wissenschaften in Bukarest ihr bisher betriebenes rein marktorientiertes Wissenschaftsverständnis durch die Aufnahme folgender Formulierung relativieren:

„Higher education should be an open process in which students develop intellectual independence and personal self-assuredness alongside disciplinary knowledge and skills. Through the pursuit of academic learning and research, students should acquire the ability confidently to assess situations and ground their actions in critical thought.“

Mit der emanzipatorischen Bildungsabsicht ist es auch an der Uni gelungen, beim „dies academicus“ vom 17. April 2012 Ansprüche für eine weitgehende Revision des Bachelor-Master-Systems für die gesamte Uni zu verallgemeinern. Diese Hervorbringungen wollen wir weiter vorantreiben.

Verantwortungsvolle Wissenschaft für Frieden und soziale Gerechtigkeit und ein entsprechendes Studium sind nur möglich,

- wenn sie befreit werden von den Fristen für Studienverlauf und Prüfungen einschließlich der Regelstudienzeit als Verhaltensnorm für Studierende,
- wenn die Prüfungen in Zahl und Umfang massiv reduziert werden, damit es um kooperative Erkenntnisentwicklung statt angstgeprägter Abfragerei geht,
- wenn jedE*r Studierende die Wahl hat in welcher Form sie ihr Prüfungsleistung erbringt (ob Klausur, Referat, Hausarbeit oder andere),
- wenn die starre Modularisierung zu Gunsten von Wissenschaft im Prozeß überwunden wird,
- wenn der stete Entwicklungscharakter der Wissenschaft auch Ausdruck findet in der erheblichen Reduzierung des Anteils der Pflichtveranstaltungen (Vorlesungen, Praktika, Seminare, etc), zu Gunsten eigenständiger studentischer Studiengestaltung einschließlich des praktischen Vollzug der Abschaffung von Anwesenheitspflicht,
- wenn inhaltsfreies Softskillpauken im ABK durch exemplarisch vertiefendes Projektstudium abgelöst wird,
- wenn es keine Stufungen im Studium (Ba/Ma) mehr gibt, die auf Selektion und Panikmache gerichtet sind,
- wenn durch Bafög für Alle als Vollzuschuß und die Abschaffung aller Studiengebühren die Bildungssubjekte ohne soziale Bedrängungen handeln können,
- wenn die Mitglieder der Uni als Subjekte von Bildung und Wissenschaft aus den Erkenntnisprozessen der kritischen Auseinandersetzung mit der Welt heraus auch die volle demokratische Gestaltungshoheit über die Studiengänge haben,
- wenn die künstliche Trennung der Wissenschaften untereinander in den Fakultäten durch interdisziplinäre Forschung und Lehre überwunden wird,
- wenn die Hochschulen sozial geöffnet werden durch die Überwindung von Zugangsbeschränkungen.

Von Bürgerschaft, Senat und Wissenschaftsbehörde erwarten wir daher,

- die Aufhebung aller gesetzlichen Detailvorgaben für die Studiengestaltung,
- die Abschaffung der privatrechtlichen Akkreditierung zugunsten demokratischer Hochschulstrukturen,
- die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren und ihre volle staatliche Kompensation,
- die Ausfinanzierung einer verantwortungsvollen Wissenschaft.

Diese hier formulierten Ziele und Neuorientierung von Bildung und Wissenschaft werden wir durch Aufklärungsarbeit und Aktionen auf dem Campus, bei Fakultätsräten, in Bürgerschaft und gegenüber der Behörde solidarisch engagiert verfolgen.